

GDL kündigt weiteren Lokführer-Streik an

Kunden der Deutschen Bahn müssen sich erneut auf umfangreiche Zugausfälle einrichten: Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat einen weiteren Streik angekündigt.

Kunden der Deutschen Bahn müssen sich erneut auf umfangreiche Zugausfälle einrichten: Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat einen weiteren Streik angekündigt. Als Begründung führte die GDL das Verhalten der Deutschen Bahn am Wochenende an, als die jüngsten Gespräche beider Seiten abgebrochen worden waren. Details zu dem Ausstand will die Gewerkschaft am Nachmittag mitteilen.

Vertreter der Deutschen Bahn und der GDL hatten am Freitag und Samstag über eine Lösung des seit Monaten andauernden Konflikts vertraulich verhandelt - insgesamt 20 Stunden nach Angaben des Konzerns. Zu einem für Sonntagmorgen um 10.00 Uhr verabredeten Treffen beider Seiten kam es nicht mehr. Die GDL warf der Bahn daraufhin vor, den Verhandlungstisch am Samstag verlassen und die Verhandlungen abgebrochen zu haben. Dagegen gab die Bahn an, die Gewerkschaft sei am Sonntagmorgen nicht zu der geplanten Fortsetzung der Gespräche erschienen.

Am Montag erklärte die Gewerkschaft, der Konzern habe am Wochenende "eindeutig" bewiesen, "dass in den Verhandlungen keinerlei Ergebnisse erzielt werden sollten". Die Bahn habe mitgeteilt, "dass sie mit der GDL nur noch in einer Schlichtung kommuniziere". Der Tarifabschluss solle bis zum Inkrafttreten des Tarifeinheitgesetzes verschleppt werden. "Erneut zwingt die Deutsche Bahn die eigenen Lokomotivführer, Lokrangierführer und Zugbegleiter zum Arbeitskampf", resümierte die GDL.

Das umstrittene Gesetz zur Tarifeinheit soll am Freitag im Bundestag verabschiedet werden. Bis zum Inkrafttreten dauert es dann noch einige Zeit. Die GDL und weitere Spartengewerkschaften fürchten, dass das Gesetz ihre Rechte unter anderem bei Arbeitskämpfen beschneiden wird.

Die Grünen im Bundestag sehen für diese Einschätzung inzwischen neue Belege. In Angaben für die Grünen-Fraktion, die am Montag der Nachrichtenagentur AFP vorlagen, geht das Bundesarbeitsministerium davon aus, dass kleineren Gewerkschaften unter Umständen eine Arbeitsniederlegung gerichtlich untersagt werden könnte. Die Regierung sei "an dieser Stelle zum ersten Mal ehrlich", was die Folgen des Gesetzes für das Streikrecht angehe, urteilte die Grünen-Arbeitsmarktexpertin Beate Müller-Gemmeke in der "Süddeutschen Zeitung".

Sie wollte unter anderem vom Ministerium wissen, inwiefern nach Inkrafttreten des Gesetzes Streiks von Gerichten als unverhältnismäßig eingestuft werden könnten. Darauf schrieb das Ministerium, dass dies letztlich nur die Gerichte beantworten könnten. "Eine gerichtliche Einzelfallprüfung kann ergeben, dass eine auf den Abschluss eines Tarifvertrags gerichtete Arbeitskampfmaßnahme unverhältnismäßig sein kann, soweit ein Tarifvertrag erzwungen werden soll, dessen Inhalte evident nicht zur Anwendung kommen." Die gesetzliche Tarifeinheit sei somit "eindeutig ein Angriff auf das Streikrecht", urteilte Müller-Gemmeke.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) kritisierte erneut die Lokführergewerkschaft. "Mir fehlt das Verständnis dafür, wenn man sich nach monatelanger Tarifaueinandersetzung einer Schlichtung verweigert", sagte er der "Bild"-Zeitung. Er rief die GDL zum Einlenken auf und

verlangte eine Schlichtung des Konflikts. "Verantwortungsvolle Tarifpartnerschaft verpflichtet auch zur Suche nach Kompromissen, das kann nur am Verhandlungstisch geschehen", sagte Dobrindt.